



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 24.01.2013, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Besichtigung des Gebäudes Arsenalstraße 2,
Volksbank
- Städtebauliches Beispiel für eine "Energetische
Sanierung im Bestand"**

Treffpunkt: Volksbank, Filiale Arsenalstraße

Beratungsverlauf:

Die Besichtigung ist erfolgt.

TOP 2 **Betriebliches Mobilitätsmanagement in Ludwigsburg** **Vorl.Nr. 008/13**
**- Einführung eines effizienten, mehrstufigen
stadtweiten Angebots für alle Unternehmen und
Beschäftigten als Service der Wirtschaftsförderung**

Abweichender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt zur *Einführung eines effizienten, mehrstufigen stadtweiten Angebots für alle Unternehmen und Beschäftigten als Service der Wirtschaftsförderung* die erforderlichen Leistungen im Rahmen des Projekts für die Durchführung von Befragungen, Planungs- und Beratungsleistungen in Höhe von 88.000 € an die Planungsgruppe Nord/ PGN zu vergeben. Die Projektsumme in Höhe von 158.000 € insgesamt (inkl. des anteilig berechneten Arbeitsaufwands innerhalb der Verwaltung in Höhe von 70.000 €) wird zu 50% durch den Verband der Region Stuttgart gefördert. Die Projektlaufzeit beträgt 3 Jahre und endet am 31.12.2015.
2. Die Finanzierung erfolgt über die Haushaltsstelle 2.6600.9600.000-0004 Gesamtverkehrskonzept. Zusätzlich erfolgt eine Gegenfinanzierung durch das Fördervorhaben (siehe Anlage 4 zur Vorl. Nr. 008/13). Im Entwurf für den Haushaltsplan 2013 ist für die Haushaltsstelle des Gesamtverkehrskonzepts ein Ansatz von insgesamt 50.000 € eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Frau **Ahbe** (FB Stadtplanung und Vermessung) und Herr **Nickel** (PNG) stellen den bisherigen Stand des betrieblichen Mobilitätsmanagements in Ludwigsburg dar und informieren über umgesetzte Maßnahmen und Projekte sowie die jeweiligen Kooperationspartner. Weiter berichten sie über die Antragsstellung im Rahmen des Förderprogramms Modellregion für nachhaltige Mobilität und freuen sich darüber, dass Ludwigsburg hier den Zuschlag erhalten habe. Ziel sei es, die bisher gemachten Erfahrungen auszuweiten und ein flächendeckendes Angebot für alle Unternehmen in Ludwigsburg unterbreiten zu können. Herr Nickel geht vertiefend auf die Notwendigkeit für ein betriebliches Mobilitätsmanagement ein und präsentiert die Inhalte, Methoden, Projektstufen und Ziele der einzelnen in Ludwigsburg vorgesehenen Maßnahmen. Die Präsentationen von Frau Ahbe und Herrn Nickel liegen dem Protokoll als Anlagen bei.

Stadtrat **Noz** bemängelt, dass im Beschlusstext der Vorl. Nr. 008/13 die tatsächliche Bezeichnung des geplanten Projekts nicht enthalten sei. Weiter stellt er die Frage, wieso als Partner mit PNG ein in Kassel ansässiges Büro beauftragt werden müsse und ob die Zusammenarbeit mit lokalen Büros nicht einfacher und kostengünstiger gewesen wäre. Weiter regt er an, die geplanten Betriebsbefragungen nicht wie vorgesehen firmenneutral durchzuführen. Nur wenn dies nicht anonym erfolge, könne man später auch Ergebnisse verlässlich überprüfen.

Stadträtin **Liepins** schließt sich hinsichtlich der Kritik am Beschlusstext ihrem Vorredner an. Für die Beauftragung des Büros PNG habe sie allerdings trotz der räumlichen Entfernung Verständnis, da man mit diesem bereits seit 2007 erfolgreich zusammenarbeite. Wenn die Ludwigsburger Firmen Interesse signalisierten, sich ins Mobilitätsmanagement einzubringen, freue sie sich darüber und wolle dies nach Möglichkeiten gerne unterstützen. Einige der vorgeschlagenen Komponenten, wie beispielsweise Mitfahrbörsen, seien angesichts von Rahmenbedingungen wie immer flexibleren Arbeitszeiten schwierig zu realisieren.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, seine Fraktion werde alle Maßnahmen unterstützen, die Ludwigsburg zu Gute kämen, sofern diese mit vertretbarem Aufwand verbunden seien. Dies gelte auch für das Mobilitätsmanagement, das eigentlich nur ein Baustein zur verkehrlichen Entlastung Ludwigsburgs sei. Mit der gleichen Vehemenz müsse auch das Thema Umfahrung angegangen werden. Abschließend erkundigt auch er sich danach, wie die Zusammenarbeit mit einem Kasseler Büro zustande gekommen sei.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** begrüßt die Ausweitung des betrieblichen Mobilitätsmanagements auf so viele ortsansässige Unternehmen wie möglich ausdrücklich. Ziel sei es, das Thema Mobilität breit aufzustellen und Alternativen aufzuzeigen. Sie mahnt an, dass es zu diesen guten Vorsätzen jedoch nicht passe, wenn die Mehrheit des Gemeinderats nicht bereit sei, in der Eberhardstraße auf ein paar Parkplätze zu verzichten.

Stadtrat **Müller** unterstützt die Intention des betrieblichen Mobilitätsmanagements vollumfänglich. Allerdings werde seine Fraktion die Vorl. Nr. 008/13 dennoch ablehnen, da die vorgeschlagenen Maßnahmen von Unternehmensvertretern bereits als „Zwangsbeglückung“ bezeichnet würden. Im

Sinne einer Entlastung des Verwaltungshaushaltes sollten nur Maßnahmen umgesetzt werden, die vordringlich seien und auf positive Resonanz stießen. Vor allem aber müssten VVS und LVL enger in ein derartiges Projekt eingebunden werden, da diese ja auch Interesse an der Gewinnung neuer Kunden hätten.

Stadträtin **Burkhardt** schließt sich ebenfalls der Kritik am Beschlussvorschlag an. Allgemein sei die Vorlage zu wenig konkret und es fehlten genaue Zielvorgaben beispielsweise hinsichtlich der Zahl der Umsteiger auf öffentliche Verkehrsmittel oder der angestrebten Lärminderung. Weiter erkundigt sie sich nach konkreten Erfahrungen aus den bisherigen Modellvorhaben und nach der Einbindung von Landratsamt, Busunternehmen und umliegenden Gemeinden. Grundsätzlich könne sie der Vorlage selbstverständlich zustimmen. Abschließend bittet sie darum, mit einem jährlichen Zwischenbericht über aktuelle Entwicklungen informiert zu werden.

Stadtrat **Lettrari** erklärt, er könne die Stellungnahme von Stadtrat Müller zu einem großen Teil mittragen. Weiter bitte auch er um eine Konkretisierung des Beschlussvorschlages sowie um eine Erläuterung, aus welchen Gründen die Verwaltung eine Zusammenarbeit mit einem Büro aus Kassel als am sinnvollsten erachte.

BM **Schmid** stellt klar, dass das betriebliche Mobilitätsmanagement keineswegs als „Zwangsbeglückung“ gedacht sei. Auch wenn die Geschäftsführung hin und wieder anderer Auffassung sei, hätten die Beschäftigten fast immer Interesse an den geplanten Maßnahmen. Zudem bestehe für kein Unternehmen ein Zwang, an Projekten teilzunehmen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert, dass man mit der Vergabe an das Büro PNG an die bislang erfolgreiche Zusammenarbeit anknüpfen und der qualifizierten Beratungsleistung durch das ausgewählte Büro Rechnung tragen wolle. Dieses habe sich nicht nur auf das Thema Mobilitätsmanagement spezialisiert, sondern verfüge auch über Erfahrungen und das entsprechende Netzwerk, welche entscheidend zum Erfolg Ludwigsburgs beim Förderprogramm Modellregion für nachhaltige Mobilität beigetragen hätten. In der weiteren Zusammenarbeit werde selbstverständlich wie bisher Wert auf ein effizientes und mobilitätssparsames Arbeiten gelegt.

Herr **Nickel** und Frau **Ahbe** beantworten die Fragen des Gremiums zur Freiwilligkeit der firmenbezogenen Abgabe von Daten durch die sich beteiligenden Unternehmen, zu Kooperationen mit LVL und VVS sowie zu den Möglichkeiten einer Erfolgskontrolle nach einiger Zeit.

Auf Anregung von Stadtrat **Noz** wird die im Betreff der Vorl. Nr. 008/13 genannte Bezeichnung des geplanten Projekts in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages aufgenommen.

BM **Schmid** lässt auf dieser Grundlage Beschluss fassen.

TOP 3

Standortsuche für Windkraftanlagen auf Gemarkung Ludwigsburg

Vorl.Nr. 622/12

Beratungsverlauf:

Herr **Burkhardt** (FB Stadtplanung und Vermessung) informiert mit Verweis auf die Vorl. Nr. 622/12 über das Ergebnis der Standortsuche für Windkraftanlagen auf der Gemarkung Ludwigsburg. Nach Abgleich der nach den Ergebnissen des Windatlas Baden-Württemberg auf Grund der erreichten Windgeschwindigkeiten potentiell geeigneten Flächen mit den auf Grund von

Abstandsflächen oder der Lage in Schutzgebieten auszuschließenden Gebieten gebe es in Ludwigsburg derzeit keine geeigneten Standorte.

Stadtrat **Gericke** weist auf neue Entwicklungen in der Windkraftanlagentechnik hin und bittet darum, wieder zu berichten, wenn auf Grund des technischen Fortschritts neue Standorte in Frage kämen. Er spricht in diesem Zusammenhang auch das Thema Windkraftkleinanlagen an und regt an, einen entsprechenden Arbeitskreis beim Energetikom einzubinden. Möglichweise sei beispielsweise der Wasserturm beim Salonwald als Standort geeignet. Alternativ regt er eine interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Windenergie an.

Für Stadtrat **Juranek** war das Ergebnis der Untersuchung absehbar. Auch wenn Windenergie grundsätzlich positiv belegt sei, könne der Einstieg ins Thema nicht Aufgabe jeder einzelnen Kommune sein. Zu Vermeidung von Wildwuchs sehe er die Einrichtung von Windparks zumindest als regionale Aufgabe.

Herr **Klein** (SWLB) und BM **Schmid** betonen, dass es auch außerhalb in Ludwigsburg im direkten Umfeld keine geeigneten größeren Flächen für Windkraftanlagen gebe. Die Wirtschaftlichkeit bewege sich bei allen Flächen und beim derzeitigen Stand der Technik an der unteren Grenze. Es gebe die Möglichkeiten, sich entweder in einen entfernten Windpark einzukaufen oder den technischen Fortschritt abzuwarten und dann gegebenenfalls selbst ins Thema einzusteigen. Beiden Alternativen stehe man grundsätzlich offen gegenüber.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 124/11, ist damit erledigt.

TOP 3.1

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2011

Vorl.Nr. 124/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 124/11, ist mit Bericht der Verwaltung zur Vorl. Nr. 622/12 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

TOP 4

Supermarkt Neckarweihingen - Weiteres Vorgehen, mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erinnert an die im Dezember des vergangenen Jahres getroffene Zusage, frühzeitig über das weitere Vorgehen beim Supermarkt Neckarweihingen zu berichten. An Hand einer Präsentation gibt er einen Ausblick auf die geplante Zeitschiene zur Entwicklung des Einkaufsmarktes sowie die Beratungsfolge für das Bebauungsplanverfahren.

Herr **Hugger** (FB Liegenschaften) geht ergänzend auf die geplante Verzahnung mit dem Betreiber Auswahlverfahren ein und gibt dem Gremium den Entwurf des Ausschreibungstextes zur Kenntnis. Wenn das Gremium dies so mittrage, wolle er diesen aus Zeitgründen gerne vor der förmlichen Verfahrensabstimmung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 19.02.2013 zur Veröffentlichung an die Presse geben.

Nach Einwand von Stadtrat **Noz**, dass er den Ausschreibungstext nicht blindlings absegnen wolle, gibt Herr **Hugger** diesen in Umlauf. Da die relevante Fachpresse nur monatlich erscheine, könne man weitere zeitliche Verzögerungen nur durch eine Veröffentlichung vor dem 19.02.2013 vermeiden.

Die Präsentation zum weiteren Vorgehen beim Supermarkt Neckarweihingen inklusive der geplanten Zeitschiene sowie der Ausschreibungstext für die Ansiedlung eines Vollsortimenters auf den Neckarterrassen liegen dem Protokoll als Anlagen bei.

Auf Kritik von Stadträtin **Liepins** an der Dauer des Verfahrens sowie daran, dass die Kriterien für die Auswahl eines Betreibers nicht längst abgestimmt seien, erläutert Herr **Hugger**, dass der Verwaltung tatsächlich nur 4 potentielle Betreiber bekannt seien. Aus Gründen der Rechtssicherheit solle jedoch offiziell ausgeschrieben werden, um keinen möglichen Interessenten zu übersehen und auszuschließen.

Stadtrat **Glasbrenner** unterstützt die Kritik an der Dauer des Verfahrens. Zudem habe er auch immer wieder dazu aufgefordert zu prüfen, ob das Supermarkt-Gebäude überhaupt richtig platziert sei. Wenn nicht Lärm- und Nachbarschutz entgegenstünden sei ein Tausch von Baukörper und Parkplätzen vorteilhaft. Dies müsse spätestens mit dem Aufstellungsbeschluss besprochen werden.

Herr **Wilczek** (FB Stadtplanung und Vermessung) erinnert an ein Gutachten aus dem Jahr 2005, welches bestätigt habe, dass die derzeitige Positionierung des Marktes auf Grund der abschirmenden Wirkung und des „Lärmschattens“ für die dahinterliegende Wohnbebauung Vorteile mit sich bringe. Auch aus städtebaulicher Sicht sei eine bauliche Kante am Ortseingang einem Parkplatz vorzuziehen.

Auf nachdrücklichen Wunsch von Stadtrat **Glasbrenner** sagt Herr **Kurt** zu, die Auswirkungen eines Tauschs der Standorte Supermarkt und Parkplatz insbesondere in lärmschutztechnischer Hinsicht nochmals durch einen Gutachter überschlägig prüfen zu lassen.

Stadträtin **Liepins** bittet darum, den Gremienmitgliedern den Ausschreibungstext vor dessen Veröffentlichung schriftlich zukommen zu lassen.

BM **Schmid** sagt auch dies zu.

TOP 5

Radwege in der Schillerstraße - Erfahrungsbericht

Beratungsverlauf:

Herr **Ressler** (FB Stadtplanung und Vermessung) gibt auf Basis des in der Schillerstraße durchgeführten Testlaufs einen Zwischenbericht. Er geht auf die Unfallsituation ein und schildert die Rückmeldungen der Radinitiative. Für eine abschließende Bewertung sei der Testzeitraum

bisher zu kurz. Die gezogenen Schlüsse seien daher bisher nur als Tendenzen zu werten. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) informiert ergänzend über das Ergebnis der durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen. Die Ahndungsquote liege etwas unterhalb des bei Tempo 30 üblicher Weise ermittelten Schnitts, die Überschreitungen bewegten sich im unteren Geschwindigkeitsbereich. Zur Überwachung des ruhenden Verkehrs würden mehrmals am Tag Kontrollen sowie einzelne Sonderaktionen durchgeführt. In den Abendstunden kontrolliere auch der Kommunale Ordnungsdienst.

BM **Schmid** berichtet von Gesprächen mit den Eigentümern der Schillerstraße 9. Ziel sei eine entsprechende Dienstbarkeit, um eine durchgängige Fußgängerbeziehung von der Schillerstraße zum Parkdeck der PAG zu erhalten. Hier befinde man sich auf einem guten Weg.

Stadtrat **Noz** betont die Notwendigkeit von Kontrollmaßnahmen, insbesondere auch in den Abendstunden. Kontrolliert werden müsse auch der Radverkehr, da Radfahrer oftmals rechtswidrig nach rechts in die Myliusstraße bögen. Weiter bittet er um einen erneuten Bericht nach weiteren 12 Monaten Erfahrung.

Stadtrat **Griesmaier** bestätigt, seine Beobachtungen deckten sich mit denen der Radinitiative. Auch mache er die Erfahrung, dass die in Richtung des Schillerdurchlasses rechtswidrig Parkenden immer die gleichen seien. Hier müsse konsequent durchgegriffen werden.

Stadtrat **Lettrari** teilt die Auffassung von Stadtrat Griesmaier hinsichtlich der notorischen Falschparker.

Stadtrat **Glasbrenner** möchte dem Testlauf etwas mehr Zeit einräumen, bevor man endgültige Schlüsse ziehe. Die Einhaltung der Verkehrsregeln müsse selbstverständlich für alle Verkehrsteilnehmer konsequent kontrolliert werden. Er regt an zu prüfen, ob Tempo 30 stadteinwärts verlässlicher eingehalten werde, wenn man die Grünphase der Ampel hierauf abstimme.

Stadtrat **Gericke** freut sich darüber, dass die Situation in zahlreichen Punkten verbessert worden sei. Allerdings schließe er sich seinen Vorrednern dahingehend an, dass weiterhin konsequent kontrolliert werden müsse.

Stadträtin **Burkhardt** erachtet die Testphase ebenfalls als zu kurz, um grundlegende Aussagen zu machen. Es sei jedoch klar, dass weiterhin beidseitig falsch geparkt werde und die Überwachung durch die Stadt unzureichend sei. Zudem sei die momentane Stadtgestaltung der Schillerstraße nicht hinnehmbar und dürfe keinesfalls auf Dauer so bleiben.

Stadtrat **Müller** erinnert an den Antrag der FDP-Fraktion zur Ausweisung der Schillerstraße als gemischte Verkehrsfläche, den seine Fraktion im Glauben, er sei unzulässig, zurückgezogen habe. Nachdem dieser Irrtum nun geklärt sei, bitte er darum, diesen Vorschlag nochmals zu prüfen, sollte sich die derzeit getestete Ausweisung von Schutzstreifen nicht bewähren.

BM **Schmid** sagt zu, die Anregungen aus der heutigen Beratung mitzunehmen.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird mit Zustimmung von Stadträtin Burkhardt zu Beginn der Sitzung von BM Schmid von der Tagesordnung abgesetzt.

Beschluss:

Folgenden Vergaben von Bauarbeiten für den Neubau der Erweiterung des Ganztagesbereichs mit Mensa und Multifunktionsraum an der Schlösslesfeldschule, Corneliusstraße 36 im Stadtteil Schlösslesfeld wird zugestimmt (in den Vergabesummen sind ca. 5 % für Unvorhergesehenes enthalten).

	Gewerk	Firma	Vergabesumme inkl. 19 % MwSt.
1.	Rohbauarbeiten	Wildermuth GmbH & Co KG Carl-Benz-Straße 46 74321 Bietigheim - Bissingen	700.000 EUR
2.	Lüftungsinstallation	Kellenbenz Lüftungsbau GmbH In den Lachen 15 74235 Erlenbach	170.000 EUR
3.	Sanitär- und Gasinstallation	Scholz GmbH Robert-Bosch-Straße 1/2 71691 Freiberg	125.000 EUR
4.	Stark- und Schwachstrom	Schlagenhauf GmbH Ludwig-Lutz-Straße 8 73479 Ellwangen	160.000 EUR

Die Gewerke Heizung und MSR werden in der Zuständigkeit der Verwaltung vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (befangen)

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Noz** ist nach § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg befangen. Er nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) verweist auf die Vorl. Nr. 003/13. Trotz Aufhebung der ersten Ausschreibung seien beim Gewerk Rohbauarbeiten noch immer Vergabeverluste zu verzeichnen. Das gesamte Ausschreibungspaket liege jedoch im Gesamtbudget. Auf Grund der notwendigen Aufhebung der Ausschreibungen bei den Rohbauarbeiten und den Strominstallationen habe zudem der Baubeginn um ca. ein halbes Jahr verschoben werden müssen.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert daran, dass in den ersten Diskussionsrunden eine Verstärkung des Fundaments der Erweiterung als Basis für eine eventuelle spätere Aufstockung im Gespräch gewesen sei. Sie erkundigt sich nach dem Stand dieser Überlegungen und hierfür zu veranschlagenden Mehrkosten.

Herr **Weißer** sagt zu, der Stadträtin die Antwort hierauf schriftlich nachzureichen.

BM **Schmid** stellt die Vorl. Nr. 003/13 zur Abstimmung.

TOP 7

Radwegekonzept 2025

Vorl.Nr. 013/13

- Vergabebeschluss zur Fortschreibung des Konzeptes

**- Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft
Fahrradfreundlicher Kommunen BW**

Abweichender Beschluss:

1. Die Fortschreibung des Radwegekonzeptes 2025 wird an die *Planungsgruppe Kölz, Ludwigsburg*, (Vergabesumme: 66.000 €) vergeben. Das Vorhaben wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit 26.343 € bezuschusst.
2. Vertiefende Konzepte und Planungen werden auf der Grundlage zusätzlicher Angebote gesondert unter Beteiligung örtlicher Büros ausgeschrieben und im Rahmen der Verwaltungszuständigkeit einzeln vergeben.
3. Die Stadt Ludwigsburg tritt ab 2013 der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher

Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW) mit dem Ziel bei, den Radverkehr in Ludwigsburg nachhaltig zu fördern und darauf hinzuwirken, die für die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Stadt“ erforderlichen Voraussetzungen erfüllen zu wollen.

Diese Ziele werden wie bereits in der Vergangenheit systematisch mit der Verabschiedung und laufenden Umsetzung des Radwegezielnetzes aus dem Jahr 2003, mit der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes, der Einrichtung eines festen jährlichen Haushaltsbudgets für Radverkehrsplanungen und -investitionen sowie Sonderfinanzierungen für größere Baumaßnahmen (z. B. Radstation am Bahnhof) verfolgt. Die Förderung des Radverkehrs ist eines der wichtigen Ziele des beschlossenen Stadtentwicklungskonzeptes und in den Masterplänen Mobilität und Energie als wichtiger Baustein verankert.

Nach außen wurde als fester Ansprechpartner für die fachliche Betreuung des Radverkehrs Herr Ressler benannt. Weitere Ansprechpartner sind Frau Kernstock (Kommunikation, Organisation) und Herr Frühwirth (Ausführung). Die Webseite der Stadt informiert über laufende Aktivitäten zum Radverkehr und alle Anliegen können auch per Mail zentral über fahrrad@ludwigsburg.de an die Stadt gesendet werden.

Die Bereitschaft zur ideellen und materiellen Mitarbeit in der AGFK-BW ist gegeben:

- Die Ziele des Vereins, den umweltfreundlichen Radverkehr zu fördern werden politisch mit getragen.
- Ein Vertreter der Stadt wird in einer der Arbeitsgruppen des Vereins mitwirken.
- Arbeitstreffen in Ludwigsburg werden organisatorisch unterstützt.

Der Mitgliedsbeitrag der AGFK-BW von jährlich 3.000 € wird von der Stadt entrichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Ressler** (FB Stadtplanung und Vermessung) verweist auf die Vorl. Nr. 013/13 sowie auf die Vorstellung des Radwegekonzeptes in Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 08.11.2012. Die Fortschreibung des Radwegekonzeptes sei aus verschiedenen Gründen sinnvoll und werde aus dem Förderprogramm „Nationale Klimaschutzinitiative“ bezuschusst. Für die Fortschreibung habe man 4 Büros angefragt und deren Angebote auf Basis der Kriterien Kosten, Erfahrung mit der speziellen Thematik und Referenzen bewertet. In der Gesamtschau empfehle die Verwaltung die Vergabe an die PVG-Alrutz.

Stadtrat **Noz** erklärt, die CDU-Fraktion stimme in der Fortschreibung des Radwegekonzeptes und dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehen gerne zu. Allerdings solle die Umsetzung mit einem Büro aus dem Ludwigsburger Raum erfolgen, welches auch mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut sei. Hervorragende Erfahrungen habe man bereits mit dem Büro Kölz und sehr gute auch mit den BS-Ingenieuren, so dass einer Zusammenarbeit mit einem von beiden Büros nichts entgegenstehe.

Stadtrat **Griesmaier** verleiht besonders seiner Freude über den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg Ausdruck. Die Beauftragung eines Hannoveraner Büros sehe auch er kritisch, da dieses naturgemäß kaum über Kenntnisse der spezifischen Besonderheiten vor Ort verfüge. Weiter regt er an, in die auf Seite 5 der Vorlage aufgeführten Aufgabenschwerpunkte auch die Verbindung nach Eglosheim aufzunehmen.

Stadtrat **Glasbrenner** schließt sich der Einschätzung seiner Vorredner bezüglich des zur Beauftragung vorgeschlagenen Büros an. Als weiteren Aspekt führt er an, dass die Fortschreibung des Radwegekonzepts unter großer Beteiligung der Ludwigsburger Bürger erfolgen solle und somit viele präsenzpflichtige Termine zu absolvieren seien. Ein örtlich niedergelassenes Büro sei hier im Vorteil und könne auch auf lokale Netzwerke zurückgreifen. Was die dargestellten Kostenunterschiede anbelange, so nivellierten sich diese sicher, sobald die Verwaltung genauere Vorgaben beispielsweise zur Intensität der Öffentlichkeitsarbeit mache.

Stadtrat **Gericke** hingegen kann namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Auswahl des von der Verwaltung vorgeschlagenen Büros gut nachvollziehen. Zum einen habe dies innerhalb seines Angebots andere, wichtige Schwerpunkte gesetzt, zum anderen biete ein unvoreingenommener Blick auch eine Chance, Aspekte aufzugreifen, die sonst vielleicht aus „Betriebsblindheit“ übersehen würden. Insgesamt freue sich seine Fraktion selbstverständlich sowohl über die Fortschreibung des Konzepts als auch über den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen.

Stadtrat **Müller** schließt sich der Position seines Vorredners an. Die Abwägung, welches Büro zur Beauftragung vorgeschlagen werden solle, habe die Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen vor fachlich fundiertem Hintergrund getroffen und er vertraue dieser Einschätzung. Selbstverständlich könne und müsse – unabhängig davon, an welches Büro vergeben werde – in Absprache zwischen Büro und Verwaltung in jedem Fall noch eine differenziertere Festlegung der Arbeitsschwerpunkte und der Maßnahmen erfolgen.

Auch für Stadträtin **Burkhardt** spielt die fachliche Eignung die entscheidende Rolle bei der Auswahl des zu beauftragenden Büros. Ein unabhängiger Blick von außen bringe sicher auch den einen oder anderen Vorteil mit sich. Über die einzelnen Projekte und Maßnahmen wolle sie dann auf Basis konkreterer Vorlagen diskutieren. Im Sachzusammenhang stellt sie weiter den Antrag, analog zum Radwegekonzept dem Gemeinderat im ersten Halbjahr 2013 ein Fußwegekonzept vorzulegen, auf dessen Basis weitere Beschlüsse für die Förderung des Zu-Fuß-Gehens in Ludwigsburg gefasst werden können (Vorl. Nr. 028/13).

Stadtrat **Lettrari** hingegen favorisiert die Vergabe an ein ortsansässiges Büro, auch wenn er den weiteren Punkten des Beschlussvorschlags vorbehaltlos zustimmen könne. Er bitte daher um getrennte Abstimmung.

Herr **Ressler** kündigt an, eine Priorisierung der Maßnahmen sei im weiteren Verlauf der Fortschreibung des Konzepts vorgesehen. Auch hätten alle Büros angeboten, die Ludwigsburger Radstrecken in der Aufnahmephase abzufahren und die Situation vor Ort in Augenschein zu nehmen. Der Vorteil des Büros PVG-Alrutz begründe sich vielmehr darin, dass dieses stets auf dem topaktuellsten Stand des Wissens und der Technik sei und Erfahrungen mit zahlreichen Projekten zum Radverkehr in Baden-Württemberg nachweisen könne. Könne sich das Gremium eine Zusammenarbeit mit PVG-Alrutz nicht vorstellen, schlage er eine Beauftragung des aus Sicht der Verwaltung zweitplatzierten Büros Kölz vor. Die in der Vorlage dargestellte Kostengrenze solle jedoch beibehalten werden.

Nach einem nochmaligen kurzen Austausch über die Vor- und Nachteile einer Vergabe nach fachlichen beziehungsweise lokalen Aspekten lässt BM **Schmid** auf Antrag von Stadtrat **Noz** zunächst über eine Vergabe an die Planungsgruppe Kölz abstimmen.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Anschließend lässt BM Schmid über den entsprechend geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

TOP 7.1

Fußwegekonzept

Vorl.Nr. 028/13

**- Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und
Hillenbrand (Die Linke) vom 24.01.2013**

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird im Sachzusammenhang mit Tagesordnungspunkt 7 gestellt.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 7.

TOP 8

TOP Stadtentwässerung

Beratungsverlauf:

Zu Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 24.01.2013.